

Horn-Bad Meinberg, 23.01.2024

Antrag der CDU-Fraktion Horn-Bad Meinberg zum Haushalt 2024

Einleitung und Rahmung

Der Haushalt 2024 befindet sich in einem strukturell schwierigen Umfeld. Es gilt, das absehbare Szenario einer sehr baldigen Haushaltssicherung abzuwenden. Eine Gebührenerhöhung kann dabei angesichts der bereits hohen Sätze im lippischen Vergleich keine Option sein. Aus unserer Sicht braucht es einen mit Nachdruck betriebenen Dreiklang aus Sparen, Neupriorisieren und Investieren. Dabei müssen in Ansätzen bereits erkennbare 'rote Fäden' und Zukunftszielsetzungen konsequenter als bisher forciert werden. Angesichts knapper Mittel und der Planung großer Positionen (z.B. Schul-/um/-neu/-anbauten), die ihrerseits wiederum laufende Kosten verursachen werden, muss dabei der Schwerpunkt auf Maßnahmen liegen, die den Bürgerinnen und Bürgern sicht- und spürbar und vor allem möglichst unmittelbar zugutekommen.

Im Lichte dieser Ausgangslage bewegen sich unsere nachfolgenden Anträge zum Haushalt.

Wir begrüßen das Bestreben, die Beratungen zum Haushalt mit mehr zeitlichem Vorlauf vorzusehen und beteiligen uns daran gerne. Zugleich setzt dies nun aber auch voraus, dass mit dem Versand der Unterlagen zum Haupt- und Finanzausschuss am 06.02.2024 (nicht als kurzfristige und kurzsilbige Tischvorlage, oder sukzessive nachgesandte Vorlage) seitens des Bürgermeisters angemessene Diskussionen und Würdigungen aller Anträge zum Haushalt schriftlich in Vorlagenform erfolgen und bestenfalls bereits Kompromissvorschläge zwischen möglicherweise unterschiedlichen Positionen und Absichten erarbeitet und in Form konkreter Beschlussvorschläge formuliert werden.

Für konstruktive (Vor-)Beratungen ist dies für uns obligatorisch. Auf den Austausch und die bestenfalls gemeinsame Entwicklung guter Wege und Perspektiven für unsere Stadt freuen wir uns!

Strukturelles

A) Strategie zur Abwendung einer Haushaltssicherung

Die Finanzsituation der Stadt ist prekär, Stand heute, so haben die Vorberatungen zum Haushalt deutlich gemacht, rutschen wir 2027 in die Haushaltssicherung. 2,4 Millionen € jährlich sind einzusparen oder einzunehmen.

Vor diesem Hintergrund bezieht sich unser grundlegendster Antrag zum Haushalt darauf, den Bürgermeister aufzufordern, (s)einen strategischen Ansatz im Rahmen einer entsprechenden Vorlage zu präsentieren, wie dieses konkret benannte und in Kürze eintreffende Szenario aufgehalten wird. Der gegenwärtige Haushaltsentwurf kann dafür in der vorliegenden Form noch keine Grundlage sein, von ihm ausgehend wird das Szenario ja erst skizziert.

Unsere Vorschläge mit Fokus auf Gewinne generieren, Belegung schaffen, Mittel einsparen und Ausgaben mit mehr Augenmaß und Gleichverteilung finden sich nachfolgend. Weitere sind sicherlich denkbar und erwartbar.

B) Kürzung aller Haushaltspositionen auf realistische Ansätze

Wir beantragen, dass sich im Haushalt 2024 nur noch die Positionen wiederfinden, die aus Sicht der Verwaltung auch wirklich umgesetzt werden können. Damit entsteht nicht nur ein auch für die Öffentlichkeit verständlicheres und übersichtlicheres Dokument, sondern eine jahresspezifische Kosten- und Arbeitsübersicht, an der sich alle Akteursgruppen verlässlich orientieren können.

Umsetzungsprioritäten

A) Neubaugebiete

Neben einer strikten Haushaltsdisziplin mit Blick auf die Ausgaben, bedarf es schnellstmöglich einer Strategie um Einnahmen zu generieren. Die erfolgreiche Vermarktung des Neubaugebiets „Schäferweg“ zeigt uns, dass die Position im Speckgürtel von Paderborn und Detmold einige Chancen birgt. Zudem sind auch gerade Neubaugebiete ein Kriterium, das einen Standort für Unternehmen attraktiv macht. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung: Der Fachbereich möge sich mit einer unabdingbaren Priorität den weiteren Planungsschritte für die Erschließung der Neubaugebiete „Röddepöhlen“, „Töllenfeld“ & „Im unteren Dorfe“ widmen, sodass die Vermarktung zeitnah erfolgen kann. Parallel sollen weitere mögliche Neubaugebiete in allen Stadtteilen in den Blick genommen werden und dem zuständigen Fachausschuss im Jahr 2024 vorgestellt werden.

B) Gewerbegebiete

Ein weiterer städtischer Hebel zur Generierung von Einnahmen ist die Ausweisung und Weiterentwicklung von Gewerbeflächen im Stadtgebiet. Hierzu möge die Stadtverwaltung die Vermarktung der noch freien Gewerbeflächen im Industriepark weiter forcieren, sowie die weiteren Gewerbegebiete, die sich nicht im städtischen Besitz befinden, unterstützen. Des Weiteren sind zusätzlich Areale in den Blick zu nehmen und dem Fachausschuss als Ideensammlung vorzustellen. Die bereits beschlossenen eigenständigen Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien werden ausgeplant und im Jahr 2024 auf Basis einer langfristigen Strategie umgesetzt.

C) Freibad Horn

Die Nichtöffnung des Freibads in Horn im Jahr 2023 war aus Sicht unserer Fraktion für das Freizeitangebot in unserem Stadtgebiet ein Fiasko, welches sich unter gar keinen Umständen wiederholen darf. Der Fachbereich möge daher mit allen Kräften daran arbeiten, die notwendigen Arbeiten zur Wiedereröffnung mit der höchsten Priorität anzugehen. Im monatlich tagenden HFA, sowie dem zuständigen Fachausschuss ist ein Dauertagesordnungspunkt zu diesem Projekt aufzunehmen um den Informationsfluss via schriftlicher Vorlage zu gewährleisten. Über jede maßgebliche Entwicklung, die zwischen Ausschussterminen liegt, soll der Bürgermeister den politischen Raum umgehend informieren. Bei den umfangreichen Sanierungsarbeiten ist den ausführenden Unternehmen zu signalisieren, dass zunächst eben solche Maßnahmen ausgeführt werden, die unerlässlich für den Betrieb des Freibads sind, sodass im Jahr 2024 eine pünktliche Öffnung gewährleistet werden kann.

Anpassung von Positionen

A) Schulsozialarbeit und Stellenplanung insgesamt

Aus fachlicher Perspektive besteht kein Zweifel daran, dass eine Ausweitung der Schulsozialarbeit begrüßenswert ist. Gleichwohl kritisieren wir, dass gemäß entsprechendem Antrag Stellenanteile im Kontext der Schulsozialarbeit im Umfang von jährlich 150.000 EUR ohne umfassende fachliche Erörterung und Einordnung in den Haushalt aufgenommen werden und beträchtliche Verbindlichkeiten im Bereich des ohnehin schon größten Haushaltspostens der Stadt, den Sozialausgaben, schaffen.

Die Anfrage der CDU Fraktion hat zugleich ergeben, dass in allen Fachbereichen – wenngleich mit unterschiedlichen Gewichtungen und Dringlichkeiten – kurz- und mittelfristig enorme Personalbedarfe bestehen. Insbesondere die Nadelöhre Planen, Unterhalten, Verwalten, Betrieb Infrastruktur, Grünpflege usw. als diejenigen Bereiche, in denen immer wieder spürbar wird, dass sich zu viel Arbeit auf zu wenige Köpfe verteilt, müssen nach unserer Auffassung stärker in den Blick genommen werden. Sie sind das Herzstück dessen, was Bürgerinnen und Bürger von ihrer Stadt erwarten dürfen, die in Sachen Gebühren und Abgaben ganz weit oben im lippischen Vergleich liegt.

Wir beantragen, dass der Bürgermeister fußend auf den Eingaben der Fachbereichsleitung eine Strategie darlegt, wie und mit welchem Stellenaufwuchs (oder Abbau) den Arbeitspeaks innerhalb der Verwaltungsaufgaben kurz- (Haushalt 2024) und mittelfristig (bis z.B. 2030) begegnet werden soll. Dabei werden sich Mangelsituationen nicht vermeiden lassen, hierbei wird es dann um die richtige Gewichtung und Argumentation gehen müssen. In Sachen Schulsozialarbeit schlagen wir als Kompromisslösung vor, den geplanten 0,5 Stellen(aufstockungs)anteil in den Haushalt einzustellen und dezidiert als Unterstützung für die Sekundarschule vorzusehen.

Da eine weitere Vollzeitstelle gemäß Haushaltsentwurf der Verwaltung als finanzierbar angesehen wird, beantragen wir diese im Fachbereich 3 einzuplanen. Aufgrund der Vielzahl hoch priorisierter und bedeutungsvoller Projekte erkennen wir die aufgezeigten Engpässe und unterstützen die Forderung aus dem

Fachbereich dahingehend uneingeschränkt. Die genaue Rollen- und Aufgabenbeschreibung dieser Stelle sollte final mit der Fachbereichsleitung geplant werden, ggf. ließe sich an dieser Stelle eine hybride Funktion mit den Tätigkeitsbereichen Gebäudemanagement/Assistenz schaffen.

B) Anbau Gymnasium

In gemeinsamer Beratung von Liegenschafts- und Schulausschuss im Herbst vergangenen Jahres sind Planungsdimension und -kosten für den geplanten Anbau des Gymnasiums parteiübergreifend hinterfragt und letztlich zurückgewiesen worden. Mit Blick auf den laufenden Haushalt möchten wir darum bitten, den im Weiteren dann erfolgten Abstimmungs-/Anpassungsprozess der Planungen konzeptionell und mittelbezogen darzustellen.

C) Stern-Gesundheitspark

Ohne jeden Zweifel hat das Stern Gesundheitszentrum einen überaus hohen Investitionsbedarf. Bei der aktuellen Nutzung der Immobilie stellen wir uns allerdings die Frage, inwiefern Bedarf und Investition zueinander passen. Wir beantragen einen Sperrvermerk für die eingestellten Haushaltsmittel, verbunden mit der Bedingung vor der Freigabe, die Detailplanung, sowie das zukünftige Nutzungs- und Vermarktungskonzept in den zuständigen Fachausschüssen zu diskutieren und zu beschließen.

Streichpositionen

A) Schwimmhalle Horn 200.000 EUR

Vor einer Klärung des Fortgangs in Sachen Badehaus beantragen wir, die entsprechende Haushaltsposition zur Schwimmhalle in Horn zu streichen.

B) Musikschule 42.000 EUR

C) EZUS Seniorenuniversität 25.000 EUR

Sowohl die Musikschule als auch die Seniorenuniversität sollten angesichts des angespannten Haushalts aufgegeben werden. Für sich genommen sind sie begrüßenswert, sind aber im Kern als exklusiv zu bezeichnen und werden insgesamt betrachtet in äußerst geringem Maße wahrgenommen. Angesichts eines unweigerlichen Sparzwangs ergeben sich hier legitime Streichpositionen.

D) Fortschreibung Sportentwicklungsplan 5.000 EUR

Ohne jeden Ausschussbeschluss finden sich im Haushalt Mittel zur Fortschreibung des Sportentwicklungsplans. Das kritisieren wir stilistisch deutlich. Die Diskussionen zum Sportentwicklungsplan haben unmissverständlich deutlich gemacht, dass eine Verausgabung weiterer Mittel in dieser Sache nicht mehrheitlich gewünscht ist. Vielmehr ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass dieses Konzept nun vor allem umgesetzt werden sollte. Die von nahezu allen politischen Vertreterinnen und Vertretern an den Bürgermeister herangetragene Forderung, auf dieser Basis nun eine strategische Umsetzungssystematik zu entwickeln liegt bis heute nicht vor und es ist nicht abzusehen, ob und wenn ja, wann sie erfolgt. Keinesfalls erforderlich sind dafür weitere externe Beauftragungen.

Wir beantragen, diese Position ersatzlos zu streichen.

Ergänzungen

A) Aufforstung des Stadtwalds 100.000 EUR

Mit dem Neustart der Waldbewirtschaftung zum 01.01.2024 ergibt sich zugleich der Bedarf, die ausstehende Aufforstung des Stadtwaldes voranzutreiben. Wohlwissend, dass dies nur ein erster Schritt für eine vielleicht ca. 10 ha große Waldfläche sein kann, beantragen wir, Mittel hierfür im Umfang von 100.000 EUR bereitzustellen.

B) Planung eines Sporthauses am Eggestadion 50.000 EUR

Bereits in den vergangenen Haushaltsberatungen haben wir verdeutlicht, dass die Sportanlage Eggestadion mit einem neuen und zeitgemäßen Kunstrasenplatz, welcher zeitnah eröffnet werden wird, unbedingt mit einem neuen Sporthaus komplettiert werden muss. In den vergangenen Diskussionen zu der Bestandsimmobilie wurde darüber hinaus einmütig festgestellt, dass diese abgängig ist. Im vergangenen Haushaltsjahr wurden daher Mittel eingestellt, um Planungsvorschläge durch ein Fachbüro erstellen zu lassen. Auf Nachfrage im zuständigen Fachbereich wurden diese eingestellten Mittel jedoch nicht verwendet und sind im aktuellen Haushaltsentwurf auch nicht mehr vorgesehen. Vor diesem Hintergrund beantragen wir die Aufnahme der Mittel mit dem klaren Ziel, die Planungen 2024 zu finalisieren. In Anbetracht einer nahezu durchgängigen Förderkulisse von Landes- und Bundesregierung für Sportprojekte möge sich das Fördermittelmanagement zudem eingängig mit Realisierungsmöglichkeiten beschäftigen.

C) Neugestaltung und Sanierung von Kinderspielplätzen 15.000 EUR

Städtisches Eigentum nutzen auch die Jüngsten in unserer Kommune. Spielplätze sind Orte der Begegnung und Fördern Geschick und Fantasie. Am Beispiel des Spielplatzes zwischen den Straßen „In den Burggärten“ und „Graf-Bernhard-Str.“ in Horn stellen wir fest, dass durch den Wegfall einer Rutsche und der Wippe, Kinderspielplätze nicht angemessen gepflegt werden. Wir beantragen daher den aktuellen Haushaltsansatz

von 10.000 EUR ausschließlich zur Pflege und Sanierung von Spielplätzen zu nutzen, sowie eine Dauerposition von 15.000 EUR einzuplanen, die dazu dient mindestens einen Spielplatz jährlich zeitgemäß auszustatten und neu zu gestalten. Für 2024 sollte der Spielplatz „Graf-Bernhard-Straße“/„In den Burggärten“ erneuert werden. Durch den Fachbereich ist eine Prioritätenliste für die Folgejahre zu erstellen und im AFST zu beschließen.

Ausstehende Bearbeitung von Anträgen der CDU-Fraktion

Zu unserer großen Irritation gibt es inzwischen vielzählige beschiedene, jedoch nicht final, beziehungsweise gar nicht bearbeitete Anträge unserer Fraktion, die nach wie vor nichts an Relevanz eingebüßt haben:

A) Digitales Berichterstattungsformat

Trotz eines vorliegenden und konkreten Angebots sowie der Erarbeitung eines Konzepts des politischen Raums über mehrere Sitzungen unterschiedlicher Gremien, ist der Antrag vom 13.04.2021 nicht umgesetzt worden. Letztmalig wurde das Thema am 03.02.2022 im Rat diskutiert mit der Zielsetzung, nach den Sommerferien desselben Jahres mit einer Testphase zu beginnen.

B) Aufgabenkritik

Im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2022 beantragte unsere Fraktion die Durchführung einer Aufgabenkritik. Auf regelmäßige Nachfragen zum Sachstand wurde uns deutlich gemacht, dass der Bürgermeister dieser beschlossenen Maßnahme bislang keine Priorität eingeräumt hat. Der aktuelle Haushaltsentwurf zeigt deutlicher denn je die Notwendigkeit dieses Instruments. Es ist zu vermuten, dass ein früheres proaktives Agieren in der beantragten und beschlossenen Form bereits jetzt strukturierte Lösungsansätze aufweisen würde, über die der politische Raum diskutieren und beschließen könnte. Nun bleibt den Gremien nur ein Reagieren auf die Entwicklungen. Gerne verweisen wir diesbezüglich auf unseren Antrag und rezitieren die Kernargumentation:

„Mit Hilfe [...] einer sogenannten ‚Aufgabenkritik‘ möchten wir der Verwaltung die Ressourcen geben, die eigenen Arbeitsbedingungen und Prozessabläufe systematisch in den Blick zu nehmen und herauszuarbeiten, ob und wie Prozesse optimiert werden könnten und was es dazu braucht. Dabei sollen die Aufgaben (freiwillige Aufgaben und Pflichtaufgaben) der Stadtverwaltung einer strategischen Produkt- und Aufgabenanalyse unterzogen werden, Verwaltungsstruktur und Aufgabenzuordnung hinterfragt, Standardisierungen eingeführt und eine agile und digitale Verwaltung angestrebt werden. So können aus der Mitte der Verwaltung beispielsweise Bedarfe für veränderte Ablaufstrukturen entwickelt werden, die auch für den politischen Raum dann eine Richtschnur für künftige Sach- und Haushaltsentscheidungen sind. Diese Prozessoptimierungen werden dann vor allem auch für Bürgerinnen und Bürgern spürbar sein und haben ausdrücklich zum Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung zu entlasten. Daher erachten wir es für sinnvoll, eine kritische Überprüfung des bestehenden Aufgabenkataloges in Verbindung mit den strategischen Zielen in einem

geeigneten Projektteam systematisch zu beleuchten und vor allem dem politischen Raum aufzuzeigen, welche Ressourcen und Entlastungen die Verwaltung für gute Arbeitsbedingungen braucht.

Der Fokus der Aufgabenkritik könnte sich daher unter anderem auf die folgenden Bereiche beziehen:

- *Finanzentwicklung*
- *Personal- und Raumentwicklung*
- *Schulentwicklung*
- *Demographische Entwicklung*
- *Soziales und Teilhabe*
- *Analyse von Potenzialflächen zur Ansiedlung von Gewerbe und Industrie, sowie Tourismus und Kultur (unter Berücksichtigung des Regionalplans)*
- *Gebäudemanagement und Zukunft des Stadtwalds*
- *...*

Die Wirtschaftsförderung und der Klimaschutzmanager sollten den jeweiligen Expertinnen und Experten der Fachbereiche beratend zur Seite stehen.“

C) Ticketsystem

Ebenso beantragte unsere Fraktion für das Haushaltsjahr 2022 die Erarbeitung von Grundlagen eines Ticketingsystems mit dem Ziel der Implementierung im Jahr 2023. Seitdem wurde das Thema verwaltungsseitig nicht wieder aufgegriffen.

D) Papierkorbkonzept

Am 22.04.2021 wurde vom Umweltausschuss auf Antrag unserer Fraktion beschlossen ein Papierkorbkonzept zu erstellen. Am 23.03.2022 teilte Herr Beinker im Umweltausschuss mit, dass dieses Thema nach den notwendigen Vorarbeiten an den Fachbereich 3 weitergegeben werde. Seitdem gibt es keine neuen Sachstandsinformationen zu diesem Thema.

E) Offene Punkte der Tourismus Zukunftsagenda

Dieses umfangreiche Ideenpapier wurde einmalig am 21.06.2022 im AWTG beraten, worauf einstimmig folgender Beschluss gefasst wurde: *„Der Antrag wird zur weiteren Abstimmung an die Verwaltung verwiesen und dem Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesundheit spätestens im Herbst 2022 wieder zum Beschluss vorgelegt.“* Auf eine Kommentierung der Einzelpunkte warten wir bis heute.

F) Anträge zur Schulwegsicherheit

Seit 2022 wurden durch die CDU-Fraktion, sowie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gleich mehrere Anträge zum Thema Schulwegsicherheit an den Rat der Stadt gerichtet, welche allesamt einstimmig beschlossen wurden. Bislang wurde **keine** der zahlreichen Maßnahmen umgesetzt und auch Unfälle in den bemängelten Bereichen scheinen den Bürgermeister in dieser Angelegenheit nicht zum Handeln zu bewegen.

G) Schutz historischer Gebäude in der Innenstadt Horn

Dieser Antrag wurde erstmalig am 28.11.2019 im AVS beraten, wobei die Intention durch den Ausschuss ausdrücklich begrüßt wurde. Letztmalig fand er am 20.04.2021 Eingang in die Beratungen. Einen finalen Beschluss gibt es nicht. Gerade die Einführung des kommunalen Ordnungsdiensts birgt aus unserer Sicht neue Potentiale in Bezug auf dieses Thema, dessen Wichtigkeit diverse Brände im Stadtgebiete in den vergangenen Silvesternächten, besonders zum Jahresübergang 2022/23 zeigen. Andere Städte zeigen uns, wie man mit dem Thema umgehen könnte, so war es jüngst die Stadt Detmold, die eine entsprechende Satzung erlassen hat.

Da alle Anträge bereits positiv beschieden und stellenweise mehrfach diskutiert wurden, entfällt an dieser Stelle ein Antrag zur Umsetzung. Wir gehen davon aus, dass alle notwendigen Haushaltsmittel für die Maßnahmen im Entwurf eingeplant wurden und der Fortgang der Beratungen Eingang auf die Tagesordnungen der jeweilig ersten Ausschusssitzungen des Jahres 2024 finden wird. Wir beantragen im Rahmen dieses Haushalts und angesichts der Umsetzungsverzüge, dass im Rahmen einer entsprechenden Vorlage der aktuelle Arbeitsstand und geplante Fortgang in den vorgenannten Punkten dargelegt wird.

Ausstehende Bearbeitung von Themen mit Bezug zum Haushalt

A) Interimslösung Badehaus und Mittelbedarf Investorenlösung

Parallel zu den Gesprächen mit einem möglichen Investor liegt ein Beschluss zur Entwicklung und Darstellung eines Interimsplans zur möglichen Öffnung des Badehauses vor. Wir beantragen, dass dieser mit einem konkreten Beschlussvorschlag nun im Rahmen des Haushaltsansatzes als umfassende Vorlage vom Bürgermeister eingebracht wird.

Zudem ergeben sich möglicherweise auch Mittelbedarfe im Rahmen einer Investorenlösung. Wir beantragen, dass auch hierfür ein entsprechender Haushaltsposten vorzusehen und vorzuschlagen ist.

B) Kostenbeteiligung am Bau eines Mehrzweckgebäudes für die Freilichtbühne Bellenberg

Wir beantragen, mit den Vertreterinnen und Vertretern der Freilichtbühne Bellenberg einen Vorschlag zu entwickeln, in welcher Höhe und Form eine Kostenbeteiligung beim Bau des Mehrzweckgebäudes möglich

ist. Wir votieren dafür, hier einen Anteil vorzusehen: Reichweite und Stellenwert der Freilichtbühne sind für unsere Stadt herausragend.

C) Digitalisierungskonzepte

Um unsere Verwaltung zeitgemäß aufzustellen und die Digitalisierung voranzutreiben wurde auf Antrag unserer Fraktion seit 2020 eine halbe Stelle innerhalb der Stadtverwaltung geschaffen. Wir beantragen zu den Haushaltsberatungen einen Tätigkeitsbericht der vergangenen Jahre, sowie einen Ausblick über die zukünftigen Konzepte und Aufgabenverteilungen rund um die Themen der Digitalisierung.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Martin'.

Dr. Alexander Martin

und Fraktion

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Patrick Pauleikhoff'.

Patrick Pauleikhoff

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Fried Petringmeier'.

Fried Petringmeier